

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN  
UND LESER,**

am 27. September 2009 fand die Bundestagswahl statt. Das Ergebnis für die SPD war erschütternd. Mit 23 Prozent hat die SPD das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erhalten. Wir werden in den kommenden vier Jahren in Berlin auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. Frank-Walter Steinmeier ist neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit Sigmar Gabriel als Parteivorsitzender und Andrea Nahles als Generalsekretärin wurden zwei Personen nominiert, die in der Lage sind, die SPD in der Opposition aufzurichten und punktuell neu auszurichten.

Wir in Niedersachsen wissen seit 2003, was Schwarz-Gelb in der Praxis bedeutet. Deshalb kommt auf die niedersächsische Sozialdemokratie eine besondere Verantwortung zu, wenn es darum geht, durch harte Arbeit den heute noch selbstgefälligen Koalitionen in Berlin ihre Grenzen aufzuzeigen. Unsere Fraktion im Landtag ist auf einem guten Weg. Die Regierung Wulff leidet an Abnutzungserscheinungen. Das wurde in den vergangenen Wochen dank unserer Arbeit vor allem in der Umwelt-, Bildungs- und Finanzpolitik augenscheinlich. Wir lassen nicht nach, die Minister zu stellen. Und der Ministerpräsident? Nicht von ungefähr wollen Gerüchte über einen vorzeitigen Abgang Wulffs nicht abreißen. Wir bleiben dran. Unsere Arbeit zeigt Früchte. Ich wünsche allen viel Spaß beim Lesen.

*Wolfgang Jüttner*

Wolfgang Jüttner  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## AFFÄRE HEISTER-NEUMANN WIRD ZUR AFFÄRE WULFF

Einen Tag nach der Bundestagswahl lagen dem Kultusausschuss des Landtages alle Akten zum Fall Heister-Neumann/Brandt endlich vor. Wenige Tage später, nachdem die Unterlagen gesichtet worden waren, war klar: Die Vorwürfe, die die SPD-Landtagsfraktion im August gegen Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) vorgebracht hat, lassen sich weiter belegen. Die Beweisaufnahme ist abgeschlossen. Die Beweislast eindeutig. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass die Spitze des Kultusministeriums in unzulässiger Weise in diesem Frühjahr Einfluss auf die Landesschulbehörde genommen hat mit dem Ziel, den Landeschef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brandt, mithilfe eines Disziplinarverfahrens mundtot zu machen.

Anfang Oktober wurden die Beweise in einer Pressekonferenz öffentlich gemacht. Eine Chronologie der Ereignisse, aus der die mannigfaltigen Bedenken der Fachleute gegen ein Verfahren und die Einflussnahme des Ministeriums deutlich werden, ist auf der Homepage der SPD-Landtagsfraktion abrufbar ([www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de)).

Angesichts der Fakten haben die drei Oppositionsfraktionen im Landtag sich darauf verständigt, im Oktober-Plenum erneut die Entlassung der Ministerin zu fordern. Sie trägt die Verantwortung dafür, dass 1. mit dem Disziplinarrecht Schindluder getrieben wurde, 2. Mitarbeiter der Landesschulbehörde unter Druck gesetzt wurden, gegen ihre Überzeugung zu handeln, und 3. vertrauliche Inhalte aus Personalakten an die Presse gespielt wurden. Elisabeth Heister-Neumann hat sich disqualifiziert.

Ihr Argument, sie sei aufgrund des Legalitätsprinzips gezwungen gewesen, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, ist abenteuerlich. Dieses Prinzip hätte verlangt, dass es nach erfolgter Vorprüfung des Sachverhalts gar nicht zu einem Disziplinarverfahren hätte kommen dürfen.



Es ist ein Armutszeugnis des Ministerpräsidenten, dass er bislang an Heister-Neumann festgehalten hat. Gleichwohl sind die Motive dafür offenkundig: Christian Wulff war es, der die damals landesweit weitgehend unbekanntes Stadtdirektorin aus Helmstedt 2003 in sein Kabinett geholt und 2006 ihren Aufstieg zur stellvertretenden Landesvorsitzenden betrieben hat. Ihre Entlassung bedeutete für ihn einen schweren Gesichtverlust. Zudem stammt Heister-Neumann aus dem CDU-Landesverband Braunschweig, der nach der Bundestagswahl keinen eigenen Abgeordneten mehr nach Berlin entsenden kann. Dort ist »Feuer unterm Dach«. Eine Abberufung der Ministerin ließe die Situation dort eskalieren. Wulff stellt offenkundig Parteiräson über das Landeswohl. Der dritte Punkt: Wulff muss Heister-Neumann auch deshalb halten, weil sie zu den wenigen Frauen in seinem männerdominierten Kabinett gehört. Und nur noch wenige Spitzenpolitikerinnen der Niedersachsen-CDU sind bereit, in einem Kabinett Wulff mitzuarbeiten.

Und so wird die Affäre Heister-Neumann langsam aber sicher zu einer Affäre Wulff. ■



Dr. Gabriele Andretta,  
wissenschaftspolitische  
Sprecherin der SPD-Fraktion  
im Niedersächsischen  
Landtag

## VERBESSERTE LEHRERAUSBILDUNG – BESSERE SCHULE



Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat eine parlamentarische Initiative zur Verbesserung der Lehrerbildung in Niedersachsen gestartet. Ein Entschließungsantrag »Gute Schulen brauchen gute Lehrerinnen und Lehrer – die Lehramtsausbildung weiterentwickeln«, Drs. 16/1634, wurde in den Landtag eingebracht. Defizite beim pädagogischen Können sowie eine mangelhafte Praxisvorbereitung der Hochschulabsolventen werden seit langem beklagt. »Das ist eine direkte Folge davon, dass die Lehrerbildung an Universitäten oft als Stiefkind behandelt wird. Das wollen wir ändern«, sagt dazu die hochschulpoliti-

sche Sprecherin der SPD-Fraktion, Gabriele Andretta.

Die SPD-Fraktion schlägt zur Verbesserung der Qualität der Lehrerausbildung deshalb vor:

- Unterrichts- und Schulforschung an den Universitäten einzubauen. Zur Finanzierung soll hierfür eine neue Förderlinie beim so genannten »VW-Vorab« eingerichtet werden. Als »VW-Vorab« werden die Fördermittel bezeichnet, die die Volkswagen-Stiftung den Forschungseinrichtungen in Niedersachsen zur Verfügung stellt.
- Den Ausbau der Schulpraktika von

Lehramtsstudenten voranzutreiben und vor allem deren Qualität durch eine fachlich qualifizierte Begleitung qualifizierter Mentoren sowie Vor- und Nachbereitung zu steigern.

- Die Lehrerausbildung entsprechend dem Vorbild der TU München in einer eigenen Fakultät zu bündeln, sodass die Lehramtsstudenten solche Lehrveranstaltungen besuchen, die ganz auf die spätere Berufssituation Schule ausgerichtet sind. Die Gründung einer solchen Fakultät wird zunächst als Modellprojekt für eine niedersächsische Hochschule angestrebt.
- Die bisherige an den verschiedenen Schulformen (Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium) ausgerichtete Lehrerausbildung mittelfristig durch eine Ausbildung abzulösen, die sich an den Schulstufen (Grundschulzeit, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II) orientiert.
- Die Niedersächsischen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Der Entschließungsantrag wird demnächst im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sowie im Kultusausschuss beraten werden. »Wir müssen bei der Lehrerausbildung neue Wege gehen. Auf unser Bildungssystem kommen immer größere Anforderungen zu. Darauf können wir nicht mit den Rezepten von gestern reagieren«, so Andretta. ■



Uwe Schwarz,  
sozialpolitischer Sprecher  
der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## BESCHÄFTIGTE MÜSSEN VERSÄUMNISSE AUSBADEN

Von Uwe Schwarz,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Die mehr als 5.000 Beschäftigten der 2007 verkauften Landeskrankenhäuser zahlen die Zeche für die im Zuge der Veräußerung vorgenommene Übertragung hoheitlicher Aufgaben an Private.

Im Dezember 2008 hatte der Niedersächsische Staatsgerichtshof die entsprechenden Gesetzesänderungen von CDU und FDP (Nds. Maßregelvollzugsgesetz und Landespsychiatriegesetz) für verfassungswidrig erklärt. Insbesondere die lückenhafte Fachaufsicht des Sozialministeriums monierte das höchste Gericht des Landes und verurteilte die Landesregierung zu substanziellen Verbesserungen.

Mit den nun vorgelegten Novellen will sich die Sozialministerin wenig ele-

gant aus der Affäre ziehen. Sie plant einen Großteil der Beschäftigten in den privatisierten Kliniken zu sogenannten Verwaltungsvollzugsbeamten zu bestellen, die dann mögliche Vorfälle – auch an ihrem eigentlichen Arbeitgeber vorbei – direkt an das Fachministerium melden sollen.

Die Beschäftigten werden damit zu »Hilfsheriffs«, die gleichzeitig zwei Herren dienen müssen: Zum einen dem privaten Arbeitgeber, mit dem sie einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag mit allen Rechten und Pflichten abgeschlossen haben. Zum anderen dem Fachministerium, das den Beschäftigten Meldepflichten aufdrückt.

Die dadurch zwangsläufig entstehenden Interessenkonflikte werden auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Sie werden die komplette Verantwortung dafür tragen müssen, ob hoheitliches Handeln und Fachaufsicht im Sinne der Vorgaben des Staatsgerichtshofes umfassend gewährleistet werden.

Zur Erinnerung: Es handelt sich bei der Unterbringung und Betreuung psychisch Erkrankter und speziell von psychisch erkrankten Straftätern um hochsensible Bereiche, die konsequent beaufsichtigt werden müssen. Es geht dabei um hoheitliche Akte in kritischen Situationen wie zum Beispiel der Einschränkung von Grundrechten bei der Unterbringung von psychisch kranken Menschen.

Die SPD-Fraktion hält deshalb die Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Landesregierung in dieser Form für höchst bedenklich. ■

Das »Niedersächsische Maßregelvollzugsgesetz« definiert den Rechtsrahmen für die Unterbringung psychisch kranker beziehungsweise suchtkranker Straftäter.

Das »Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke« regelt die Unterbringung psychisch kranker oder behinderter Menschen.

# DER ZUKUNFTSVERTRAG – EIN ANGEBOT, DAS MAN NICHT ABLEHNEN KANN?



Der sogenannte »Zukunftsvertrag« zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung stellt die Kommunen vor neue Herausforderungen: Die Landesregierung gibt finanzielle Anreize für Kommunalfusionen und verschärft gleichzeitig den Fusionsdruck u.a. dadurch, dass der geplante »Entschuldungsfonds« hälftig aus den Kommunen zustehenden Finanzausgleichsmitteln (mit jährlich

35 Millionen Euro) finanziert werden soll. »Wir müssen aufpassen, dass der sogenannte Zukunftsvertrag nicht zu einem Vertrag wird, der die kommunalpolitischen Handlungsspielräume noch weiter beschneidet«, erklärte Modder. Die Regierung nutze die letztlich durch ihr eigenes Handeln entstandene Finanznot der Kommunen, um diese mit dem Sirenenengesang der finanziellen Unterstützung in eine Strukture-

form zu locken. Das werde aber selbstverständlich so nicht bestätigt. »Völlig unklar ist, ob es überhaupt eine langfristige Planung der Landesregierung für die kommunalen Strukturen gibt. Wie man die Zukunft gestalten will, wenn man gar keine Vorstellungen über sie hat, bleibt verborgen. Der sogenannte Zukunftsvertrag ist jedenfalls nicht geeignet, die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden und Landkreise nachhaltig zu festigen. Er verdient seinen Namen nicht.« Die SPD-Innenexpertin befindet sich bereits verstärkt im Gespräch mit Vertretern der kommunalen Ebene. »Hierbei kommt es mir insbesondere auch auf die Meinung der Ehrenamtlichen an. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam Mittel und Wege finden werden, die sozialdemokratische Position in dieser Debatte deutlich zu machen. Wir halten an unserem Vorschlag der Einrichtung einer Enquetekommission fest, eine bloße Bestandsaufnahme – wie dies die Landesregierung will – genügt nicht. Der Niedersächsische Städtetag hat seine Bereitschaft zur Mitarbeit in einer Kommission auch schon deutlich gemacht. Wir wollen – anders als die Landesregierung – auf Augenhöhe mit den Kommunen über ihre Zukunft verhandeln, ohne uns ihre finanzielle Not für nur kurzfristige Lösungen zu nutzen zu machen.« ■



**Johanne Modder,**  
innenpolitische Sprecherin  
der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen  
Landtag

# EHLEN VERWEIGERT SCHULOBST FÜR UNSERE KINDER

Die Europäische Union hat ein europaweites »Schulobst-Programm« aufgelegt. Ab dem kommenden Schuljahr stehen 90 Millionen Euro pro Jahr für frisches Obst und Gemüse an Schulen und in Kindergärten zur Verfügung. Ziel ist es, die gesunde Ernährung zu unterstützen. Nach monatelangem Streit zwischen den Ländern und dem Bund über die notwendige Kofinanzierung hat der Bundesrat am 18. September 2009 das vom Bundestag am 18. Juni 2009 verabschiedete Gesetz (SchulObG) passieren lassen. Für Niedersachsen stehen 2,5 Millionen Euro EU-Gelder zur Verfügung. Das Land Niedersachsen müsste dieselbe Summe kofinanzieren.



Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU) lehnt das allerdings in aller Deutlichkeit ab. Nach langen Dis-

kussionen über verschiedenste Managementmöglichkeiten zur Durchführung des Programmes zieht Minister Ehlen plötzlich ein Totschlagargument aus der Tasche. Die EU-Bürokratie soll nunmehr der Grund sein, um ausgerechnet diese Agrarbehilfe abzulehnen.

Niedersachsen ist Agrarland Nr. 1 und gehört zu den Spitzenempfängern von Agrarbehilfen für unsere Landwirtschaft. Die Landesverwaltung ist in der Abwicklung dieser Subventionen routiniert wie kaum eine andere. Fazit: Schulobst für Kinder ist in Niedersachsen von der Landesregierung nicht gewollt. ■



**Karin Stief-Kreihe,**  
agrarpolitische SPD-Fraktion  
im Niedersächsischen  
Landtag



**Frauke Heiligenstadt,**  
schulpolitische Sprecherin  
der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## BERUFSBILDENDE SCHULEN IM FOKUS – DIALOG WIRD FORTGESETZT

Die berufsbildenden Schulen werden bereits seit geraumer Zeit vom Kultusministerium wie ungeliebte Stiefkinder behandelt. Die SPD-Landtagsfraktion hat das immer wieder zum Thema gemacht. Im vergangenen Jahr hatte die Fraktion alle berufsbildenden Schulen eingeladen, um über die Änderungen infolge der schulrechtlichen Bestimmungen zu diskutieren.

»Wir möchten diesen Dialog gerne fortsetzen«, erklärt Frauke Heiligenstadt, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. »Neben den aktuellen Problemen an den Schulen wollen wir über die Folgen durch die Veränderung der BbS-VO, die miserable Unterrichtsversorgung und über die Kooperation mit den Haupt- und Realschulen sprechen. Außerdem werden wir die Übertragung des Schulversuchs ›Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren‹ (ProReKo) auf alle berufsbildenden Schulen diskutieren«, kündigt Heiligenstadt an.

Die SPD-Fraktion hat dazu einen Entschließungsantrag, Drs. 16/1348, eingebracht und fordert:

Im Schulversuch ProReKo wurde erfolgreich erprobt, wie sich die berufsbildenden Schulen durch ein anderes System von Schulmanagement und Steuerung sowie eine damit verbunde-



ne große Eigenverantwortlichkeit zu Qualifizierungszentren in den jeweiligen Regionen weiterentwickeln können.

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle berufsbildenden Schulen des Landes ab 1. Januar 2011 auf der Basis der Transfervorschläge zu regionalen Kompetenzzentren weiterzuentwickeln. Um diesen Zeitplan einzuhalten, muss die Landesregierung ihre Tatenlosigkeit beenden und unverzüglich

umfassende Maßnahmen in die Wege leiten. Hierzu sind die berufsbildenden Schulen finanziell und personell so auszustatten, dass sie mit einem größtmöglichen Maß an Eigenverantwortung in der Lage sind, ihren Schülerinnen und Schülern optimale individuelle Entwicklungschancen zu ermöglichen und ein an örtlichen und regionalen Erfordernissen orientiertes vielfältiges Bildungsangebot zu gewährleisten. ■

## VERANSTALTUNG »GROSSBAUSTELLE BOLOGNA« am 19.11.2009, 16.00 – 19.30 Uhr im Fraktionssitzungssaal der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



2009 jährt sich die Unterzeichnung der Bologna-Erklärung, die die Studienbedingungen in Europa angleichen soll, zum zehnten Mal. Die Architekten des Bologna-Prozesses wollten die Mobilität der Studierenden im europäischen Hochschulraum fördern, die internationale Konkurrenzfähigkeit der Abschlüsse verbessern und die Studierenden- und

Absolventenquote steigern. Gemessen an diesen Zielen ist der Bologna-Prozess in Deutschland bisher ein Fehlschlag.

Angesichts der Umsetzungsprobleme von Bologna an den Hochschulen wird zurzeit eine breite Debatte über Reformperspektiven geführt. Wo ist der Handlungsbedarf zu verorten? Wie sehen die Reformvorschläge aus? Was

muss sich ändern, um die Potenziale von Bologna auszuschöpfen?

Auf Einladung von Dr. Gabriele Andretta, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, werden wir diese Fragen mit Experten und Expertinnen diskutieren.

Eingeladen sind Karl Dittrich, Präsident der Niederländisch-Flämischen Akkreditierungs-Organisation (NVAO), Dr. Andreas Keller, GEW-Hauptvorstand, Marie-Christine Reinert, Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen, Hermann Reuke, Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover, und Wolfgang Körner, vormals Referatsleiter im niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. ■

**ANMELDUNG:**  
[ute.wormland@lt.niedersachsen.de](mailto:ute.wormland@lt.niedersachsen.de)

### Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich:  
Dr. Cornelius Schley,  
Geschäftsführer SPD-Fraktion  
Niedersachsen

Redaktion: Olaf Reichert,  
[olaf.reichert@lt.niedersachsen.de](mailto:olaf.reichert@lt.niedersachsen.de)

Anschrift:  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

[www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de)

Layout & Satz: Anette Gilke  
[mail@AnetteGilke.de](mailto:mail@AnetteGilke.de)